

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mtl., bei Selbstabholung 5.50 Mtl. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mtl., für einen Monat 5.— Mtl., Beleggeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4598. — **Postkontonr.** 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4598

Inseratenpreise: Die 7zeilbaltene Kolonetzelle oder deren Raum 1.90 Mtl., bei Plakatschrift 2.30 Mtl.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mtl. **Reklame-Kolonetzelle** 7.50 Mtl. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Gegen die Ablieferung weiterer deutscher Schiffe.

Eine Denkschrift über die Schiffsraumnot.

Berlin, 5. Mai. (Drahtbericht.) Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Reparationskommission eine Denkschrift überreicht, in der in Ergänzung der von der deutschen Schiffahrtsdelegation bereits im März 1920 übergebenen ersten Denkschrift gezeigt wird, wie groß die Einfuhr der für Deutschland lebenswichtigen Rohstoffe vor dem Kriege war und wie diese Einfuhr sich nach dem Kriege infolge der Wirkungen des Friedensvertrages einschränken musste. Zugleich zeigt die Denkschrift, dass eine weitere Einschränkung im Hinblick auf die Volksgesundheit, die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und die innere Ruhe und Ordnung nicht möglich ist. Es wird ferner statistisch dargestellt, wieviel von den eingeführten Rohstoffen vor dem Kriege zur See nach Deutschland transportiert worden sind und welche Mengen von dem jetzt verminderten, für Deutschland unbedingt notwendigen Rohstoffbedarf künstlich zur See eingeführt werden müssten. Die für den Transport dieser Mengen von Rohstoffen erforderliche Tonnage wird alsdann berechnet und gezeigt, dass bei früher Durchföhrung des Friedensvertrages 700 000 Tonnen Schiffsraum fehlen würden. In der Erwartung, dass die Hälfte hiervon irgendwie anderweitig beschafft werden kann, kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, dass, wie schon in der ersten Denkschrift konträr war, Deutschland zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs 350 000 Tonnen seines eigenen, zur Übergabe an die Alliierten bestimmten Schiffsraumes zusätzlich belassen werden müssen. Deutschland schlägt hierfür die folgende Regelung vor:

1. Die Ablieferung und Ueberweisung der noch in deutschem Besitze befindlichen Handelschiffe von über 1000 Bruttoregistertonnen wird auf zwei Jahre hinauszugeschoben. Zum Ausgleich für die während dieser Zeit durch Benutzung entfallende Wertminderung wird die deutsche Regierung einen angemessenen Abschreibungssatz zahlen. Die deutsche Regierung wird bestrebt sein, die Ablieferung und Ueberweisung der Schiffe schon vor Ablauf der zweijährigen Frist zu bewirken, soweit dieses nach Lage der deutschen Wirtschaft für durchführbar erscheint wird. Für die vor dem Ablauf der Frist abgelieferten Schiffe wird ein Abschreibungssatz nur bis zum Tage der Ablieferung gewährt. Sollte während dieser Frist der zwei Jahre ein noch als 1/3 überlassenes Schiff verloren gehen, wird die deutsche Regierung hierfür einen gleichwertigen Neubau als Ersatz liefern.
2. Hinsichtlich der Schiffe zwischen 1000 und 1800 Tonnen erklärt sich der Wiedergutmachungsausschuss mit den Schiffen dieser Größe, die als Embargoschiffe oder als Schiffe, die in Ausführung des Balkenstillstandsabkommens übergeben worden sind und die sich bereits im Besitz der alliierten und assoziierten Regierungen befinden, als bereit im Sinne des § 1, Abs. 3 Anlage 3, zu Teil 8 des Friedensvertrages.
3. Soweit infolge der Auslieferung von Schiffen die Deutschland nach Punkt 1 und 2 überlassene Schiffe nicht einen Schiffsraum von 350 000 Bruttoregistertonnen erreichen, wird ihm der hieran fehlende Schiffsraum aus Süd- und Mittelamerika heimkehrenden Handelschiffen unter den Bedingungen zu 1/2 zuzurechnen gestellt.
4. Die Wiedergutmachungskommission wird ersucht, den Marine Service zu bevollmächtigen, über die Ausführung dieses Vorschlags mit der deutschen Schiffahrtsdelegation, die sich jetzt wieder nach London begibt, zu verhandeln.

Es muß, so schließt die deutsche Note, nochmals mit Nachdruck und Ernst hervorgehoben werden, daß, wenn Deutschland der geforderte Schiffsraum nicht belassen wird, das deutsche Wirtschaftswesen und die innere Ordnung Deutschlands in einer Weise gefährdet werden, daß die Erfüllung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen in Frage gestellt, wenn nicht unmöglich gemacht wird.

Streik um die Brotverleinerung.

Berlin, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. Z.) Der Rührer Stadtrat hat gestern einen Beschluß gefasst, daß er die Verteuerung des Brotes nicht anerkennt. Die höheren Preise solle das Reich tragen. Es ist ein Telegramm von München in die Reichsregierung in Berlin gefandt worden. Die Regierung lehnt auf dem Standpunkt, daß das Vorgehen des Stadtrats deshalb unkorrekt ist, weil er sich in dieser Angelegenheit an die harrliche Regierung zu wenden habe, da im Reichsrat die Regelung des Brotpreises auch mit den Stimmen der bayerischen Delegierten angenommen worden ist. Die Münchner Bäckereiwirtschaft hat nach Aufhebung der Höchstpreise für Brot und Mehl durch den Stadtrat den Brotpreis auf 1.25 Mtl. und den Mehlpreis auf 1.75 Mtl. für das Pfund festgesetzt.

Die Besetzung Nordschleswigs erfolgt.

Hamburg, 5. Mai. Die Besetzung der ersten Zone durch dänische Truppen ist erfolgt. 250 Infanteristen trafen in Tondern, zwei Kompanien mit Panzern in Sønderborg an. Weitere Truppen mit

einem Kampfpanzerschiff in Sonderburg ein. Ueberall wurden Empfangsfeierlichkeiten veranstaltet. Ein königlicher Erlaß an die Truppen fordert sie zu Höflichkeit und Zucht gegen alle Bewohner auf.

Um die zweite Zone in Schleswig.

Paris, 5. Mai. In der heutigen Sitzung des Vorkomitees erklärte die Chaires Barling, der Vorsitzende der internationalen Kommission für die Volksabstimmung in Schleswig, die Mitglieder der internationalen Kommission seien sich nicht vollkommen einig über die Festlegung der Grenzlinien. Nach dem Tempore wäre die Kommission die erste Abstimmungszone Dänemark zuzusprechen. Die zweite Zone wolle der englische und der schwedische Delegierte Deutschland zusprechen; der französische und der norwegische Delegierte dagegen schlagen vor, vier Gemeinden Dänemark zuzuwenden und den Rest bei Deutschland zu belassen. Die gesamte Kommission aber habe die Aufmerksamkeit des Obersten Rats auf die schwierige Frage gelenkt, in der sich die dänischen Bewohner der zweiten Zone befinden würden.

Die ungarischen Mörder mit der eisernen Stirn.

Berlin, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. Z.) Die Völkische Zeitung meldet aus Wien, daß der empfindliche Arbeiterführer Genderson wird nach einer Budapest Meldung mit einer Kommission der englischen Arbeiterpartei am 18. Mai in Ungarn eintreffen. Ministerpräsident Szmogyi Semadam habe, um die Nachrichten vom weissen Terror in Ungarn, sowohl an die englischen wie an die italienischen Sozialisten Einladungen ergoßen lassen.

Die Nachricht verdient größte Mißtrauen. Gerade eben seien wir in der Wiener Arbeiterzeitung, daß der ungarische Ministerpräsident im Parlament auf eine Anfrage eintreffend hat, daß der Untersuchungskommission der italienischen Sozialisten die Erlaubnis zum Besuch der Gefangnisse erteilt worden sei, weil ihre Mitglieder die Gefangenen in ihrer Haltung befrägt und ihnen Hoffnung auf baldige Befreiung gemacht hätten. (1) Wie es in Ungarn wirklich aussieht, zeigt ja die gestern von uns veröffentlichte Mitteilung an die Staatsanwälte, daß in den politischen Prozessen auch bei „ungewöhnlicher Anlage“ Verurteilung erfolgen müsse.

Ein „ehrendes“ Anerkennen.

Berlin, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. Z.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Halle (Saale), die deutsche nationale Partei, die Deutsche Volkspartei und der Bauernbund haben sich bereit erklärt, zusammen mit der Demokratischen Partei und gegebenenfalls mit den Mehrheitssozialisten (1) einen Ordnungsbund mit gemeinschaftlicher Liste für die Reichstagswahl in Thüringen zu bilden. Die Demokratische Partei und die Rechtssozialisten haben noch keine Entscheidung getroffen.

Bahn von den Bolschewissen befehlt.

Amsterdam, 5. Mai. Der Times-Berichterstatter in Konstantinopel meldet, daß Bahn nach einer kurzen Besetzung durch die Sowjettruppen übergeben wurde. Es befinden sich 6000 Mann von der Roten Armee in der Stadt, außerdem steht eine Truppenabteilung in Kadymas in der Nähe der Eisenbahnlinie Batu-Tiflis.

Konflikt zwischen Aserbeidschan und Armeniern.

London, 4. Mai. Die Times vernimmt, hat die Regierung von Aserbeidschan Armenien ein Ultimatum ausgehen lassen, in dem die Räumung der heiligen Grenzgebiete verlangt wird mit der Drohung, daß andernfalls Truppen von Aserbeidschan in Armenien einbringen würden. Armenien hat das Ultimatum abgelehnt.

Friedensverhandlungen zwischen Japan und Rußland.

Rotterdam, 6. Mai. Aus Tokio wird gemeldet: Die Verhandlungen über den Friedensschluß zwischen Rußland und Japan haben in Wladivostok begonnen. Die Russen haben alle Waffenstillstandsbedingungen angenommen, doch ist deren Inhalt nicht bekannt.

Streikunruhen in Italien.

Trieste, 5. Mai. Hier ist der Allgemeinstreik unter Teilnahme der Eisenbahner erklärt worden.
Rom, 5. Mai. Anarchistische Elemente, die sich gegen den Beschluß der Arbeiterkammer wegen Vermeidung des Streiks in Livorno auflehnten, plünderten zwei Waffensläden, wobei es zu einem Zusammenstoß kam. Eine Person wurde getötet und 29 verwundet, darunter fünf Carabinieri.

Valuta und Wirtschaft.

E. P. Die innere Entwertung der Mark ist hinter der äußeren Entwertung zurückgeblieben. Wäre die von den Produzenten und Händlern verlangte Aufhebung der Zwangswirtschaft für alle Waren erfolgt, dann hätten sich die Inlandspreise nicht nur für Rohstoffe aus dem Ausland und deren Erzeugnisse und die sonstigen Freihandelswaren, sondern für alle Lebensmittel den Weltmarktpreisen angepasst; wäre es auch den Hausagrarern gegliedert, mit den Mieten der allgemeinen Preissteigerung zu folgen, so würde der Lebensaufwand der minderbemittelten Bevölkerung heute 40—50mal so hoch sein als vor dem Kriege. Die Preissteigerung würde sich ganz allgemein so vollzogen haben, wie wir das an den freigegebenen Artikeln und an den Schleichhandelswaren beobachten konnten. Das ist durch die Rationierung und Preisbeschränkung für einige der wichtigsten Lebensbedürfnisse bisher noch verhindert worden. Immerhin beträgt der durchschnittliche Aufwand für den Lebensunterhalt der minderbemittelten Bevölkerung nach den statistischen Ermittlungen etwa das Zwölfwache des Friedensbetrags. Nun gehen aber infolge der Nachgiebigkeit der Regierung, die an der privatkapitalistischen Bewirtschaftung der Lebensbedürfnisse festhält und insbesondere von einer Sozialisierung des Großgrundbesitzes nichts wissen will, die Preise auch für die Inlandsprodukte unausgesetzt in die Höhe, so daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo tatsächlich die Annäherung aller Preise auf dem deutschen Warenmarkt an die Preise auf dem Weltmarkt erreicht sein wird.

Diese Ausglei chung würde durch eine weitere Verbesserung der deutschen Valuta beschleunigt werden. Je günstiger die Bewertung der Mark im Auslande, desto niedriger müssen die Preise werden, die für die eingeföhrten Rohstoffe und Lebensmittel zu bezahlen sind. Auf den deutschen Warenmärkten zeigen sich denn auch bereits die ersten Folgen der Verbesserung der Valuta. Sowohl der Handel als auch der Verbraucher halten mit Einkäufen zurück. Alles wartet auf eine Verbilligung der Warenpreise und versehen sich nur mit dem Notwendigsten. Für einige Waren sind bereits erhebliche Preisstürze erfolgt. So haben auf den Auktionen für Rohhäute in Berlin, Kassel und Frankfurt a. M., die vor einigen Tagen stattfanden, die Preise um 40 bis 50 Prozent nachgeben müssen. Auch auf der Leipziger Rauchwarenmesse ist bei vollkommener Geschäftsstille ein erhebliches Sinken für viele Sorten von Fellen festgestellt worden.

Die kapitalistischen Kreise behaupten nun, daß ein durch die Verbesserung der Valuta verursachter Rückgang der Preise die Produktion hemmen, den Export erschweren, jede Ralkulation unmöglich machen würde. Sie sagen, daß die Produktionskosten, insbesondere die Löhne, so hoch gestiegen seien, daß die Warenpreise eine Verbilligung nicht ertragen könnten. Was nun die allgemeinen Produktionskosten anlangt, so muß sich ein Teil von ihnen verbilligen, wenn sich die Preise für die aus dem Auslande bezogenen Rohstoffe und Arbeitsmittel ermäßigen. Die Löhne dagegen haben sich unter Berücksichtigung des wirklichen Werts der deutschen Geldzeichen noch nicht im entferntesten den in andern Ländern gezahlten Löhnen angepasst. Um ein Beispiel für diese zu nennen, so betragen die Löhne für die englischen Textilarbeiter das Dreifache der Vorkriegslöhne. In der Frankfurter Zeitung hat kürzlich ein Industrieller berechnet, daß die Durchschnittslöhne in der deutschen Textilindustrie das Ahtfache des Durchschnittslöhns vor dem Kriege ausmachen. Da die innere Entwertung der deutschen Geldzeichen mindestens das Zwölfwache ihres Nennwertes ausmacht, so müßten also die deutschen Textilarbeiter, um an die Löhne ihrer englischen Kollegen heranzukommen, 36mal soviel verdienen als vor dem Kriege. Sie verdienen nach dem Zeugnis des Industriellen aber nur achtmal soviel. Ihnen werden also wahre Hungerlöhne gezahlt. Und so wie den Textilarbeitern geht es allen Arbeitern und Angestellten, sie sind zum großen Teil sogar in einer noch ungünstigeren Lage. Von einem Abbau der Löhne, von dem in der kapitalistischen Presse schon gesprochen wird, kann also keine Rede sein, im Gegenteil, es sind noch erhebliche Lohnaufbesserungen notwendig, um auch nur das Existenzminimum zu gewährleisten.

Es mag zutreffen, daß durch eine Verbesserung der deutschen Valuta der Export erschwert werden könnte. Man muß aber daran erinnern, daß die Ausfuhr deutscher Waren bisher zum guten Teil nur deshalb möglich war, weil trotz Unterbietung der Weltmarktpreise der deutsche Export noch wesentlich höhere Preise als im Inlande erzielen und dadurch den inländischen Markt von Waren entblößen konnte. Aber selbst wenn der Export Hemmnissen erfahren sollte, so steht dem doch bei Senkung der Warenpreise außerordentlich